

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

8. Auflagen nehmen die Ausleger und für Auswärtige die Postanstalten in Gera, an. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 53.

Regelungspreis: Die Abnahmepreise für Anzeigen aus Gera und Umgebung im Goldpreissinne, einschließlich Anzeigen im Goldpreissinne, National-Anzeigen im Goldpreissinne, amtliche Preise im Goldpreissinne.

Telegramm: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 231

Freitag, den 3. Oktober 1924

19. Jahrgang

Reichskanzler Marx zur Regierungsfrage. Verhandlungen mit Sozialdemokraten und Deutschnationalen.

Berlin, 2. Oktober. Der Reichskanzler wird heute Donnerstag mit den Parteiführern der Regierungsparteien eine Besprechung über die durch die Entschliessungen des Vorstandes der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen wieder aufgeworfene Frage der Regierungsumbildung haben. Einige Tage später wird der Reichskanzler dann die Parteiführer der Sozialdemokratie und der Deutschnationalen empfangen. Daraus ergibt sich, daß der Reichskanzler auf dem Standpunkt bleibt, daß er die Verhandlungen nicht im Sinne des Bürgerblocks sondern im Sinne der Volksgemeinschaft also nur gleichzeitig nach rechts und nach links führen kann.

Trotz der ablehnenden Stellungnahme, die die Sozialdemokraten gestern im „Vorwärts“ zum Ausdruck gebracht, werden sie der Einladung zur Besprechung Folge leisten.

Reichskanzler Marx hatte ein Interview mit der „Germania“, wobei der Kanzler u. a. ausführte: „Daß eine Erweiterung der Regierungskoalition in Erwägung gezogen werden mußte (sobald die dringenden Aufgaben der Finanzstellen und wirtschaftlichen Gebundenheit im Innern eingeleitet und eine vorläufige Regelung der Reparationsfrage erledigt war, ist für mich selbstverständlich gewesen. Die Aufgabe, die es jetzt im Innern zu lösen gilt, um die wirtschaftliche Gesundung nicht erneut zu gefährden, erfordert unbedingt die Zusammenfassung aller nationalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte. Ich bin daher entschlossen mich sowohl mit der Sozialdemokratie als auch mit der Deutschnationalen Partei in Verbindung zu setzen um von ihnen zu erfahren, ob sie entschlossen sind, die Lösung der wichtigen, in den kommenden Monaten zu

erledigenden Aufgaben gemeinsam mit den bisherigen Koalitionsparteien durch tätige Mitwirkung an der Reichsregierung mit durchzuführen. Mich leitet dabei der Gedanke der Volksgemeinschaft, die alle die Kräfte und Kreise des deutschen Volkes umfassen soll die durch die Tat bewiesen haben, daß ihnen die Rettung des deutschen Volkes und der Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf dem Boden der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Aufgabe und Pflicht ist.

Man kann nicht verkennen, daß es in den letzten Jahren ohne die entschiedene Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion nicht möglich gewesen wäre durch die der Regierung gegebene Ermächtigung auf dem Verordnungswege Deutschland vor dem wirtschaftlichen und sozialen Chaos zu bewahren und ferner die von der Regierung geführte Politik hinsichtlich des Sachverständigenrats und der Londoner Abmachungen zu sichern. Ich erwarte es darum als meine Pflicht, an die Sozialdemokratie heranzutreten und sie zur Mitarbeit an der Reichsregierung aufzufordern.

Andererseits liegt es aber auch im dringenden vaterländischen Interesse daß die starken nationalen und wirtschaftlichen Kräfte, die in der Deutschnationalen Volkspartei geborgen sind, für die positive Regierungsarbeit fruchtbar gemacht werden. Ich verstehe, daß auf manchen Seiten starke Hemmungen und heftiges Widerstreben überwunden werden muß um diese Durchführungsarbeiten fruchtbar zu machen. Ein anderer Art vaterländischer Volksgemeinschaft ist aber für mich nicht denkbar, und ich hege das Vertrauen daß es angesichts der zwingenden Anforderungen der Stunde möglich sein muß, alle Kräfte des deutschen Volkes zusammenzufassen, um Deutschland wieder groß und frei zu machen.“

Das Genfer Protokoll.

Genf, 1. Oktober.

Das heute nacht endgültig redigierte Protokoll, das bei Beginn der heutigen Versammlung allen Delegierten überreicht wurde, hat den Titel „Protokoll für die friedliche Regelung bei internationalen Konflikten“. Der endgültige Text enthält eine Präambel und 21 Artikel. Die Präambel lautet:

„Die Unterzeichneten sind befeelt von dem festen Willen den allgemeinen Frieden und die Sicherheit der Völker, deren Existenz, Unabhängigkeit oder Gebiete bedroht sein könnten, zu sichern. Sie anerkennen die Solidarität, die alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft vereinigt, erklären, daß der angreifende Staat einen Bruch dieser Solidarität und ein internationales Verbrechen begeht, und wünschen die volle Anwendung des Völkerbundespaktes für die friedliche Regelung der Streitfälle des zwischen den Staaten vorgehenden Systems zu erleichtern, die Bekämpfung des internationalen Verbrechens sicherzustellen und nach Artikel 2 des Völkerbundespaktes die nationalen Maßnahmen auf das Mindestmaß zu beschränken, wie es mit der nationalen Sicherheit und der Ausführung der durch eine gemeinsame Aktion notwendig gewordenen internationalen Verpflichtungen vereinbar ist.“

- Artikel 1 bestimmt, daß die Protokollverpflichtungen für alle Signatarmächte bindend sind.
- Artikel 2 erklärt, daß alle Kriege verboten sind, außer im Falle des Völkerbundes gegen Angreiffstaaten in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Paktes und des Protokolls.
- Artikel 3 wird die Gerichtsbarkeit vom Internationalen Ständigen Gerichtshof unter gewissen Vorbehalten als obligatorisch erklärt.
- Artikel 4 enthält die Einzelheiten über das Schlichtungsverfahren durch Rat und Schlichtungskommissionen.
- Artikel 5 behandelt mit dem gestern angenommenen Zusatz die Sachlage bei Streitfällen, die der eigenen Zuständigkeit der Staaten unterliegen.
- Artikel 6 betrifft die Rolle der Völkerbundesversammlung bei der Schlichtung von Streitfällen.
- Artikel 7 regelt die Präventivmaßnahmen, die der Rat bei einem Konflikt ergreift zur Klärung des Konflikts und Aufrechterhaltung des status quo während des Verfahrens.
- Nach Artikel 8 verpflichten sich alle Staaten, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Angriffsdrohung bedeutet.
- Artikel 9 empfiehlt zur Verhinderung von Kriegsfällen die Errichtung entmilitarisierter Zonen.
- Artikel 10 bestimmt den Angreiffstaat.
- Artikel 11 stellt die Sanktionspflichten der Signatarmächte auf.
- Artikel 12 behandelt die Vorbereitung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen.
- In Artikel 13 wird die vorüberige Mitteilung militärischer Verpflichtungen an den Rat und das Recht der Sonderabkommen geregelt.
- Artikel 14 verleiht dem Rat das Recht der Aufhebung der Sanktionen.
- Artikel 15 legt den Angreiffstaaten die Reparationspflichten auf, garantiert aber ihre Unabhängigkeit.
- Artikel 16 behandelt das Verhältnis der Signatarmächte mit den Nichtsignatarmächten.
- Artikel 17 enthält die Verpflichtung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz.
- Artikel 18 regelt die Abstimmungsverhältnisse im Rat bei seinen Entscheidungen.
- Nach Artikel 19 verändert das Protokoll keine aus dem Völkerbundespaktes erwachsenen Verpflichtungen und Rechte.
- Artikel 20 verweist jeden Streitfall über die Auslegung des Protokolls an den Internationalen Ständigen Gerichtshof.
- Artikel 21 enthält die Bestimmungen über die Ratifizierung, das Inkrafttreten des Protokolls und die Abrüstungskonferenz.

Genf, 1. Okt. In der Nachmittags-Sitzung der Völkerbundesversammlung erklärte der Führer der französischen Delegation, Frankreich trete dem Protokoll bei. Alle weiteren Delegierten (auch der japanische) erklärten in der weiteren Nachmittags- und in der letzten Nachmittags-Sitzung ihre Zustimmung zum Protokoll, einige vorbehaltlich der Entscheidungen ihrer Regierungen. Die Nachmittags-Sitzung ging um 1.12 Uhr zu Ende. Man hofft daß in der morgigen Vormittags-Sitzung die Abstimmung über das Protokoll erfolgen kann. Am Nachmittags wird dann die Wahl der sechs nichtständigen Ratensmitglieder vorgenommen werden, worauf Präsident Piotta die Schlußrede halten und die Völkerbundesversammlung ihre diesjährige Tagung abschließen wird.

Schachts Verhandlungen.

London, 1. Okt. Die Reuter erklärt, haben die Vertreter der Worganggesellschaft und der Bank von England ihre Unterhandlungen über die deutsche Schuld anleihe so gut wie abgeschlossen, die Verhandlungen der Bank von England haben bestätigt, daß die Bedingungen der Anleihe mit dem Bundesrat und dem Londoner Uebereinstimmen in Einklang stehen. Der amerikanische Anteil an der Anleihe ist endgültig auf 100 Millionen Dollar festgesetzt worden. Die Anleihe wird wahrscheinlich Mitte Oktober in allen Ländern zu gleicher Zeit ausgeben werden. Der endgültige Verteilungsschlüssel ist noch nicht bestimmt, die britische Quote werde wahrscheinlich zwischen 10 und 18 Millionen Pfund Sterling betragen. Augenblicklich unterhandeln schottische, holländische und schwedische Bankiers mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schmidt in London.

Die Pariser Wirtschaftsbesprechungen.

Herriot bezeichnet die Verhandlungen als weitere Etappe zum Frieden.

Paris, 1. Okt. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurden heute nachmittags 3 Uhr mit einer formellen Sitzung im Uhrensaal des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eröffnet. Herriot begrüßte die deutsche Delegation und erklärte in seiner Ansprache, daß er die jetzt beginnenden Verhandlungen als eine weitere Etappe auf dem Wege zum Frieden auffasse. Vorkonferenzen erwartete hierauf und erklärte, daß die Verhandlungen deutschseits mit dem aufrichtigen Wunsche, zu einem Einverständnis mit der französischen Regierung zu gelangen geführt würden. In der Hoffnung, daß dadurch die normalen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, insbesondere aber der Warenaustausch, gefördert werden könnten. Nach Beendigung der Sitzung fand eine Unterredung zwischen den beiden Delegationsführern, Handelsminister Reynold und Staatssekretär Dr. Trendelenburg statt um sich über die Arbeitsmethoden zu verständigen.

Die schiffschen Handelskammern haben der Reichsregierung angesichts der nunmehr in Paris beginnenden Verhandlungen über einen deutsch-französischen Handelsvertrag die nachstehende Erklärung zugehen lassen: Gelegentlich der Rundreise, die der französische Handelsminister zur Prüfung der Wirtschaftslage in Elsaß

Lothringen unternommen hat ist beim Besuch der verschiedenen Handelskammern des Landes immer wieder die Forderung aufgestellt worden, daß mit Deutschland nur dann ein Handelsvertrag abgeschlossen werde, wenn es auch über den 10. Januar 1925 hinaus in die Zollfreie Einfuhr elsaß-lothringischer Waren willige. In Elsaß-Lothringen der Standort wichtiger Industriezweige ist die auch in Sachen mit vielen namhafter Unternehmungen vertreten sind, würde die weitere zollfreie Einfuhr ihrer Erzeugnisse auch für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der schiffschen Industrie von einschneidender Bedeutung sein. Schon in den nun fast vergangenen 5 Jahren seit der Unterzeichnung des sogenannten Friedensvertrages haben die elsaß-lothringischen Waren Tausenden von deutschen Arbeitern ein zu ihrem Lebensunterhalt ausreichende Beschäftigung, gewonnen, und die deutsche Industrie ist an ihrem Wiederaufbau durch den erzwungenen Wettbewerbs dieser Waren behindert worden.

Die schiffschen Handelskammern erwarten daher von der Reichsregierung daß sie einen Handelsvertrag mit Frankreich nur unter der Bedingung abschließt, daß die zollfreie Einfuhr von elsaß-lothringischen Waren mit dem 10. Januar 1925 unter allen Umständen ein Ende findet.

Pariser Bäckeläden gestreut.

Genf, 1. Okt. Nach Meldungen aus Paris fanden am Montag mittag in St. Antonia Demonstrationen gegen die erhöhten Lebensmittelpreise statt. Den „Journal“ zufolge wurden zwei Bäckeläden gestürmt und demoliert. Die Brotpreise werden Mittwoch um weitere 5 Sous erhöht. Auch die Omnibusbahnen erhöhen die Tarife ab 5. Oktober um 10 Sous pro Fahrt.

Und der Franken steigt...

Rotterdam, 1. Okt. Der „Courant“ meldet aus Newyork: Seit gestern ist wieder ein andauernder Rückgang des französischen Franken zu verzeichnen, nach demselben fiel derselbe bis auf 5,18.

Die „World“ nennt als Ursache des neuen Frankensurges das Scheitern der Verhandlungen über einen neuen Worgangkredit.

Reue des Berliner Botschafters?

Paris, 1. Okt. Der „Temps“ meldet, daß der frühere Minister Douhaeur zum Botschafter in Berlin ernannt werden soll.

Ausreise des Z. R. III voraussichtlich am 7. Oktober.

Ankunft in Galesburg am 10. Oktober erwartet.

Washington, 1. Okt. Dem Marine-Departement wurde heute mitgeteilt, die Amerikafahrt des neuen Zehntausenders werde voraussichtlich am 7. Oktober angetreten werden, die Ankunft des Luftschiffes im Flughafen Galesburg wäre demgemäß am 10. oder 11. Oktober zu erwarten. Alle erforderlichen Vorbereitungen sind hier getroffen. Es steht bereits fest, daß das Luftschiff schon am ersten Tage nach seiner Ankunft verschiedene Probefahrten auf dem amerikanischen Kontinent unternehmen soll auch Wäcker nach Newyork und Washington sind vorgesehen.

Abgang des schnellsten Ringens der Welt.

Der schnelle Komet der Welt „The Curtis-Robb-Racer“ ist, wie aus Newyork gemeldet wird, abgestürzt. Der Pilot, Leutnant Alexander Robison, fand den Tod, als er sich seinen eigenen Motor zu drücken bemühte.